

Stand: 08.02.2026 21:31:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16806

"Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegerichtsgesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16806 vom 10.05.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17002 des SO vom 11.05.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17323 vom 21.06.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Göte, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Margarete Bause und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegerichtes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag führt unter Federführung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegerichtes – AGSG (Drs. 17/15589) und zu den Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 17/15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/16537) durch.

Ziel der Anhörung ist zum einen eine Überprüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der Staatsregierung mit den gesetzlichen Verpflichtungen der Länder zur Kostenerstattung für die jungen Volljährigen nach dem SGB VIII. Außerdem sollen die geplanten Inhalte der beiden Verordnungsermächtigungen zu den Einzelheiten der Kostenerstattung nach Art. 52a Abs.1 AGSG-Neu und zur Ausgestaltung von Aufgaben und Leistungen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII, in der Anhörung vorgestellt und auf ihre Vereinbarkeit mit dem Prinzip einer bedarfsorientierten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe überprüft werden.

Die in der Jugendhilfe bei der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge tätigen Verbände und Organisationen sowie die als Kostenträger verantwortlichen kommunalen Spitzenverbände sollen ihre Vorstellungen und Forderungen zu einer Neuregelung der Kostenerstattung für unbegleitete junge Flüchtlinge vortragen können. Die Anregungen und Vorschläge der Fachverbände werden in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen.

Begründung:

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des AGSG und des Aufnahmegerichtes hat weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Ausgestaltung der Jugendhilfeleistungen für junge Flüchtlinge. Es ist unklar, ob der Gesetzentwurf dem Anspruch, dass die Bezirke vom Freistaat im gleichen Umfang Kostenerstattung erhalten, wie die Jugendämter bisher gemäß § 89d Abs.1 und 3 SGB VIII erstattungsberechtigt waren, tatsächlich gerecht wird. Auch der Ausschluss der jungen Volljährigen von der Erstattung der Kosten ist rechtlich umstritten. Hier besteht zudem die Gefahr, dass junge Flüchtlinge zukünftig automatisch aus der Jugendhilfe ausgesteuert werden.

In der geplanten Rechtsverordnung zur Kostenerstattung sollen zudem ein Regel-Ausnahme-Verhältnis für erstattungsfähige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe definiert und pauschale Erstattungsbeträge festgelegt werden. Diese Verordnung hat weitreichende Auswirkungen auf die Qualität und Ausgestaltung der zukünftigen Leistungen der Jugendhilfe für junge Flüchtlinge. Ihre Inhalte müssen deshalb einer parlamentarischen Beratung zugeführt werden.

Auch die geplante Rechtsverordnung zu den Angeboten der Jugendsozialarbeit hat weitreichende Auswirkungen auf die zukünftige Versorgung und Betreuung junger Flüchtlinge. Hier sollen die Angebote der Jugendsozialarbeit als Regelleistung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge festgeschrieben werden. Stationäre Formen der Unterbringung und heilpädagogische Hilfen für junge Flüchtlinge nach dem SGB VIII werden damit weitgehend von den erstattungsfähigen Leistungen ausgeschlossen. Hier handelt es sich um einen weitgehenden Eingriff in die bisherige Zuständigkeit der Jugendämter, die im Hilfeplanverfahren orientiert am individuellen Bedarf über die erforderlichen Leistungen entscheiden.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/16806**

**Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung
des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Auf-
nahmegergesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Ge-
setzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs.
15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ju-
gend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Wei-
tere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sit-
zung am 11. Mai 2017 beraten und einstimmig
Zustimmung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Margarete Bause und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/16806, 17/17002

Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)

Der Landtag führt unter Federführung des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration eine Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes – AGSG (Drs. 17/15589) und zu den Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen der SPD (Drs. 17/15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/16537) durch.

Ziel der Anhörung ist zum einen eine Überprüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der Staatsregierung mit den gesetzlichen Verpflichtungen der Länder zur Kostenerstattung für die jungen Volljährigen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII). Außerdem sollen die geplanten Inhalte der beiden Verordnungsermächtigungen zu den Einzelheiten der Kostenerstattung nach Art. 52a Abs.1 AGSG-Neu und zur Ausgestaltung von Aufgaben und Leistungen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII, in der Anhörung vorgestellt und auf ihre Vereinbarkeit mit dem Prinzip einer bedarfsoorientierten Leistungserbringung in der Kinder- und Jugendhilfe überprüft werden.

Die in der Jugendhilfe bei der Betreuung unbegleiteter junger Flüchtlinge tätigen Verbände und Organisationen sowie die als Kostenträger verantwortlichen kommunalen Spaltenverbände sollen ihre Vorstellungen und Forderungen zu einer Neuregelung der Kostenerstattung für unbegleitete junge Flüchtlinge vortragen können. Die Anregungen und Vorschläge der Fachverbände werden in den weiteren Gesetzgebungsprozess einbezogen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen für die einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorgelegte Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – CSU-Fraktion, SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Kollegin Claudia Stamm schließt sich dem Votum mit an und stimmt zu.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beratungsangebote zu Eltern geld und Elternzeit ausbauen
Drs. 17/12177, 17/16951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Angemessene Unterbringung von queeren Geflüchteten in Bayern
Drs. 17/15854, 17/16957 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geodaten kostenfrei nutzbar machen
Drs. 17/16024, 17/17071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Auch Kunst- und Kulturlehrpfade ermöglichen!
Drs. 17/16134, 17/17161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beleghebammen unterstützen
Drs. 17/16140, 17/17158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)
Hebammenversorgung in Bayern nicht gefährden
Drs. 17/16156, 17/17157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Ilona Deckwerth u.a. SPD
Bericht zu geplanten „bayerischen Transitzentren“
Drs. 17/16163, 17/16945 (E) [X]

Antrag gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Dezentrale Studienangebote staatlich finanzieren
Drs. 17/16168, 17/17162 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger,
Kerstin Schreyer u.a. CSU
Bayerische Fluchtursachenbekämpfung in Afrika und im Nahen Osten
Drs. 17/16173, 17/17172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler,
Ingrid Heckner u.a. CSU
Soziale Berufe zukunftsfest machen!
Drs. 17/16201, 17/17144 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Abgabe von Wasserstoffperoxid an Jäger weiterhin ermöglichen
Drs. 17/16320, 17/17077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Wasserarmut in Franken – was macht die Staatsregierung?
Drs. 17/16324, 17/17068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Sofortmaßnahme gegen Lehrermangel an Grundschulen: Einsatz von Realschul- und Gymnasiallehrkräften als Lotsen für den Übertritt
Drs. 17/16325, 17/17167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	<input type="checkbox"/>	A

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jägern den Zugang zu Wasserstoffperoxid gewährleisten
Drs. 17/16344, 17/17076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm für Investitionen in umweltschonende Landmaschinen
Drs. 17/16346, 17/17188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung: Weißbuch zur Zukunft Europas:
Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27
Drs. 17/16348, 17/17171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konzerthaus-Neubau und Gasteig-Sanierung: Für eine praktikable und kostensparende Lösung für die Musikstadt München
Drs. 17/16351, 17/17163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen bei psychisch Kranken
Drs. 17/16363, 17/17160 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Bericht über neue Verfahren in der Gentechnologie
Drs. 17/16447, 17/17069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neunjähriges Gymnasium auch für bestehende 5. und 6. Klassen ermöglichen!
Drs. 17/16466, 17/17165 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Bericht zu Cum-Ex
Drs. 17/16650, 17/17072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Beste Bildung – von Anfang an XI –
Qualitätsberatung und -begleitung für die Kindertagespflege
Drs. 17/16653, 17/17004 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes
zur Ausführung der Sozialgesetze und des Aufnahmegesetzes (Drs. 15589) und
die Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Staatsregierung der Fraktionen
der SPD (Drs. 15948) und von Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16537)
Drs. 17/16806, 17/17002 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie
und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerns Übertrittsverfahren reformieren –
Lernentwicklungsgespräche statt Übertrittszeugnis
Drs. 17/16828, 17/17166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vollzug des Ausländerrechts praxistauglich gestalten –
Planungssicherheit für Bayerns Betriebe
Drs. 17/16963, 17/17169

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht über den Stand der Arbeiten an einem Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz
(Psych-KHG)
Drs. 17/16842, 17/16944

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

27. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Bericht zu den Scientology-Vorwürfen im Haus der Kunst
Drs. 17/15819, 17/17140

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat